

Stand: 07.02.2026 16:04:11

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/18360

"Konsequenzen aus Bayern-Ei und Sieber ziehen: Verstöße bei Eigenkontrollen schärfer sanktionieren"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/18360 vom 28.09.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/20420 des UV vom 30.11.2017
3. Beschluss des Plenums 17/20976 vom 27.02.2018
4. Plenarprotokoll Nr. 125 vom 27.02.2018



Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Herbert Woerlein, Susann Biedefeld, Kathi Petersen SPD**

Konsequenzen aus Bayern-Ei und Sieber ziehen: Verstöße bei Eigenkontrollen schärfer sanktionieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zu den privaten Laboren, die regelmäßig Analysen von Lebensmitteln durchführen, Kontakt aufzunehmen und diese aufzufordern, sich an die Vorschriften des § 44 Abs. 4a des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuchs (LFGB) zu halten mit Verweis auf die aktuellen Vorfälle.

Die Staatsregierung wird weiter aufgefordert darauf hinzuwirken, dass das Bußgeld des § 60 Abs. 5 Nr. 3 LFGB auf bis zu 100.000 Euro erweitert wird.

Begründung:

Nach § 44 Abs. 4a LFGB muss der Verantwortliche eines privaten Labors soweit er Grund zur Annahme hat, dass das untersuchte Lebensmittel einem Verkehrsverbot unterliegt, die zuständigen Behörden unterrichten. Dem zufolge sind private Labore verpflichtet bei regelmäßigen Analysen von Lebensmitteln, die den Voraussetzungen des § 44 Abs. 4a LFGB entsprechen, die Untersuchungsergebnisse an die zuständigen Behörden weiterzuleiten. Soweit ein Verantwortlicher eines Labors diese unabdingbare Pflicht nicht einhält, ist sein Verhalten nach § 60 Abs. 2 Nr. 22 LFGB mit Strafe bedroht.

In der Vergangenheit kam es immer wieder vor, dass privat beauftragte Labore diese Vorschrift nicht eingehalten haben. Zuletzt war dies bei der Firma Sieber der Fall. Ein privates Labor hatte mehrfach Listerienbefall festgestellt, jedoch die Befunde nicht an die zuständigen Behörden weitergeleitet. Es besteht zumindest die Möglichkeit, dass sich bei einer Information der Behörden die Todesfälle hätten verhindern lassen.

Die nicht erfolgte Weiterleitung ist nach § 60 LFGB eine Ordnungswidrigkeit. Aus § 60 Abs. 5 LFGB ergibt sich, dass diese Ordnungswidrigkeit eine Geldbuße zu Folge haben kann. Die nicht erfolgte Meldung ist ein Fall des § 60 Abs. 5 Nr. 3 LFGB. Nummer 3 sieht vor, dass eine Ordnungswidrigkeit in einem solchen Fall mit einer Geldbuße bis zu 20.000 Euro belegt werden kann. Eine Geldbuße bis zu 20.000 Euro ist eine wesentlich zu geringe Strafe, da die Möglichkeit von Todesfällen, wenn solche Prüfungsergebnisse privater Labore nicht weitergeleitet werden, wie es die Vergangenheit bereits gezeigt hat, erhöht wird.

Die Androhung einer maximalen Geldbuße bis zu 20.000 Euro hat bisher nicht dazu geführt, dass private Labore konsequent ihre Prüfergebnisse weitergeleitet haben. Hier ist es geboten, den Druck zur Weiterleitung deutlich zu erhöhen. Selbst bei einer Ausschöpfung des vorgegebenen Rahmens, ist hier das Bußgeld deutlich zu niedrig angesetzt.

Auch ist es dringend geboten, dass die Staatsregierung private Labore auf ihre Meldepflicht hinweist und Druck entfaltet, dass künftig keine Meldepflichten mehr unterlassen werden. Die Vorschrift des § 44 Abs. 4a LFGB darf nicht nur eine „Pseudoverpflichtung“ sein, der sich die beauftragten privaten Labore durch geringe Geldzahlungen entziehen können.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

**Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt,
Harry Scheuenstuhl u.a. SPD**
Drs. 17/18360

**Konsequenzen aus Bayern-Ei und Sieber ziehen: Verstöße bei
Eigenkontrollen schärfer sanktionieren**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichtersteller: **Florian von Brunn**
Mitberichtersteller: **Alexander Flierl**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 78. Sitzung am 30. November 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Dr. Christian Magerl
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Herbert Woerlein, Susann Biedefeld, Kathi Petersen SPD**

Drs. 17/18360, 17/20420

Konsequenzen aus Bayern-Ei und Sieber ziehen: Verstöße bei Eigenkontrollen schärfer sanktionieren

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich nicht. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. – Eine Stimmenthaltung vom Kollegen. Entschuldigung, ich hätte noch nach Stimmenthaltung beim Kollegen Muthmann (fraktionslos) fragen müssen. Ich halte das für das Protokoll fest. Damit ist es also beschlossen, dass die Voten übernommen werden, mit einer Ausnahme, nämlich der des Kollegen Muthmann. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ökologische Technik in der Filmproduktion – FilmeN mit Zukunft
Drs. 17/18326, 17/20736 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für

Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> Z

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Runder Tisch zur nachhaltigen Filmproduktion in Bayern – FilmeN mit Zukunft
Drs. 17/18327, 17/20737 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für

Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> Z

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Innovationsförderung in der Filmproduktion – FilmeN mit Zukunft
Drs. 17/18328, 17/20738 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u. a. SPD
Konsequenzen aus Bayern-Ei und Sieber ziehen:
Verstöße bei Eigenkontrollen schärfer sanktionieren
Drs. 17/18360, 17/20420 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. SPD
Für einen guten Start in die digitale Welt –
Medienkompetenzen und -pädagogik in Kindertageseinrichtungen stärken!
Drs. 17/18554, 17/20710 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. SPD
Rettungsdienst auf Kante
Drs. 17/18873, 17/20529 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kritik des Bundesrechnungshofs aufnehmen – EPSAS stoppen
Drs. 17/19268, 17/20812 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verbot von Folienspargelanbau in Hanglagen in Bayern
Drs. 17/19274, 17/20766 (A)

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 126 Abs. 3
BayLTGeschO Votum des mitberatenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Glyphosat-Empfehlung durch staatliche Stellen
Drs. 17/19510, 17/20767 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zu den Zwischenergebnissen des Planungswettbewerbs
Uniklinikum Augsburg
Drs. 17/19512, 17/20815 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures, Georg Rosenthal u. a. SPD
Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsbehörde auf EU-Ebene unterstützen
Drs. 17/19580, 17/20786 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u. a. CSU
Förderung von Dauergrünland
Drs. 17/19697, 17/20768 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier, Norbert Dünkel u. a. CSU
Struktur und Regelungen zu Hinterbliebenenversorgung von Feuerwehrangehörigen
Drs. 17/19821, 17/20816 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bekämpfung des schweren Steuerbetrugs ernst nehmen – Haushaltsgesetz konsequent umsetzen
Drs. 17/20358, 17/20804

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären